

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen Amtsblatt Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinformatige
Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg. Fellein
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 12.

Dienstag den 28 Januar 1919.

19. Jahrgang.

Gibt es noch Rettung?

Das in jeder Beziehung herbe Geschick unseres Vaterlandes ist so bekannt, in Klagen und forcierten Schilderungen von Angehörigen aller ordnungsliebenden Schichten der Bevölkerung so oft beleuchtet worden, daß davon jedermann am liebsten nicht mehr hören möchte. Sehnsüchtig schaut man aber darnach aus, wann und wie ein Aufbau begonnen werden kann, nachdem so sehr viel niedergebroschen worden ist. In den Darlegungen von Volkswirten, Leitern großer gewerblicher Betriebe und Arbeiterführern und bei jeder Aussprache besonnener Leute gelangt und kommt man immer wieder zu der einen Schlussfolgerung: Emsigste Arbeit bei Ruhe und Ordnung im Lande, sowie nachhaltige Sparsamkeit allein können den Zugang zu irgendwelchen zukünftigen wirtschaftlichen Glück wieder erbahnen.

Dennoch möchte manchen die Hoffnung auf allseitiges Ergreifen dieser Mittel, auf Erreichen eines Ausweges aus dem Wirrwarr entschwinden, wenn nach dem schon hereingebrochenen Unheil noch soviel Weiteres in Trümmern geht, auch von kommenden Lasten so Schweres sich aufstürmen will. Am Ende des Bürgerkrieges mit seinen Schrecken und auch für das Wirtschaftsleben schlimmen Folgen darf man noch nicht sicher glauben. Immer wieder ist Ausstand gewerblicher Arbeiter zu beklagen, im Ruhrkohlenbergbau dazu gewaltsamer Eingriff in die Syndikatsleitung und die Tätigkeit des Bergbauischen Vereins. Der bei nahezu jedweder Güterherstellung unerlässliche Rohstoff Kohle droht in Folge dessen noch immer knapper zu werden, was natürlich auch ungünstig auf die Verarbeitungsanstalten wirken muß; die ohnehin bereits bestehende sehr harse Einschränkung ihres Verkehrs bildet mit einem Grund für die erheblichen Schwierigkeiten jeglichen Gewerbes.

Geschenktwürde für neue Kriegsteuer, sowie fast völliges Einziehen großer Kriegsgewinne liegen vor, und doch bilden sie nur den Vorläufer des noch kommenden Gesetzes betreffend allgemeine Vermögensabgabe. Diese Kennzeichen unseres politischen Zusammenbruchs und schweren wirtschaftlichen Niederganges sind meistens jüngsten Datums, haben zahlreiche Vorgänger und werden sicherlich noch Nachfolger bekommen. Gibt's überhaupt noch die Möglichkeit einer Rettung? Nicht etwa Sozialisierung gewerblicher Betriebe kann Besserung zeitigen. Hebung des Anteils am Ertrag der Arbeit kann für die Dauer nur erreicht werden bei Inblüthenhalten des Gesamtunternehmens; dazu bedarf es wirklich sachkundiger Aufklärung, einsichtsvollen Verhandlungs zwischen Arbeitgebern und -nehmern, wozu die Arbeitsgemeinschaften geeignet erscheinen. Nicht ständiges Nachfordern, sondern gegebenenfalls auch opferfreudiger Verzicht auf Teile des Entgelts wird unerlässlich sein, wenn die Höhe der Selbstkosten die Wettbewerbsfähigkeit des Werkes zu retten droht, ja sogar die Arbeit verlustbringend macht.

Die Lösung dieser hier nur ganz skizzenhaft angedeuteten wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgabe ist von gleichen Vorbereitungen mit abhängig, wie z. B. die fernere Ausbeutung der mineralischen Schätze und der Oberfläche des deutschen Erdbodens, sowie aller Natur- und Menschenkräfte, die uns nach dem Friedensschluß noch verbleiben werden, desgleichen die Ausnutzung früher und während des Krieges gemachter Erfindungen zugunsten unserer Volks- und Geldwirtschaft. Dieses und alles Gute, was wir von unserem 70-Millionen-Volk und für dasselbe irgendwie erwarten dürfen, kann sich doch nur auf dem ersten Willen und Verzeihen der wackeren allseitigen Ordnung, auf eifrigster Arbeit und Sparsamkeit zu echter Sparsamkeit aufbauen. So mühsam der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands sein wird: jedes Einzelglied des deutschen Volkes kann daran mehr als je zuvor mitarbeiten!

Zur Tagesgeschichte

Belgien.

(*) In Brüssel wurde Ingenieur Robert Dewael, der einen Lehrauftrag an der slawischen Universität zu Gent angenommen hatte, zum Tode verurteilt. Das Urteil wird mit einem Anschlag auf die Sicherheit des Staates und mit Hilfeleistung für den Feind beauftragt.

Deutsches Reich.

Durch die Presse geht die Nachricht, zur Nationalversammlung werde der Rat der Volksbeauftragten seinen Sitz nach Weimar verlegen. Diese Nachricht ist, wie zuverlässig verlautet, falsch. Der Sitz der Reichsregierung ist und bleibt Berlin. Diejenigen Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten, deren Anwesenheit bei den Verhandlungen in Weimar erforderlich ist, werden sich jeweils dorthin begeben; auf alle Fälle werden aber einige Mitglieder des Rats ständig in Berlin anwesend sein.

Der Staatssekretär des Reichs, Graf Brockdorff-Ransau, empfing die in Berlin anwesenden Berichterstatter der ausländischen Zeitungen und hielt eine Ansprache, in der er sagte, er habe die Herren bitten lassen, weil ihm daran liege, persönlich Fühlung mit ihnen sobald wie möglich zu gewinnen, da ihm bei Lage der Dinge keine Möglichkeit gegeben sei, sie in absehbarer Zeit einzeln zu empfangen.

Um die Beamtengehälter den Arbeiterlöhnen, die vielfach selbst die Gehälter der Oberbeamten übersteigen, einigermaßen anzunähern, sollen, wie die „Saalezeitung“ erfährt, die Postbeamten demnächst Zulagen erhalten. Die Entscheidung fällt in den nächsten Tagen. Der Beamtensrat der Eisenbahndirektion Halle lehnt den Gedanken, in einen Streik zu treten, ab, doch will man sich demnächst nach Berlin an das Ministerium wenden, damit die Gehälter der Beamten, die durchschnittlich weit unter den Bezügen der Arbeiter stehen, gebessert werden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht amtlich eine Verordnung vom 21. Januar 1919 über die Berufung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar.

Die Volkswahlmänner sind in Preußen und Hessen am letzten Sonntag, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, in Ruhe und Ordnung verlaufen. Ueber ihr endgültiges Ergebnis läßt sich noch kein Bild machen. Die Wahlbeteiligung ist fast überall gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung zurückgegangen. Bei einzelnen Parteien macht der Stimmenausfall 5-8 Proz. aus. Da alle Parteien Stimmen eingebüßt haben, ist eine Abwanderung der Stimmen nicht anzunehmen. Viele Wähler, besonders die Frauen, haben von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht, in der falschen Annahme, daß die Volkswahlmänner minder wichtig sind als die Wahlen zur Nationalversammlung.

Schweiz.

(*) Nach einer Meldung des amerikanischen Pressebüros aus Washington ist zwischen dem amerikanischen Kriegshandelsamt und der englischen, französischen und schweizerischen Regierung ein Vertrag zustande gekommen, der der Schweiz für das Jahr 1919 die Lieferung von Lebensmitteln versichert.

Turkei.

(*) Der britische drahtlose Dienst meldet: Die türkische Regierung ist zurückgetreten. Es wird erwartet, daß Tewfik Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das auch eine große Anzahl Gegner des Komittees für Einheit und Fortschritt aufgenommen werden, einer Partei, die noch immer die Verjagung bereit verbinden will, die die Worte an den Armeniern angeschlossen haben.

Heer und Flotte.

Neuerungen im Heereswesen.

(*) Der Kriegsminister hat einen Erlass herausgegeben, über Neuerungen im Heereswesen, in dem es heißt: Der Rat der Volksbeauftragten hat dem Kriegsminister die Ausübung der Kommandogewalt übertragen. Bei allen höheren Verbänden, Truppen und sonstigen Formationen üben die Führer die Befehlsgewalt aus und sind für ihre Tätigkeit ihren Vorgesetzten und der Reichsregierung verantwortlich. An dem System der Soldatenräte ist festgehalten worden, jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Befehlen, die sich auf Truppenänderung, Verwundung und Ausbildung beziehen, weg. Kleine Einheiten, wie Kompagnien und nicht selbständige Bataillone, haben lediglich Vertrauensleute. Ueber Bekleidung und Ausrüstung im Friedensheer sind neue Bestimmungen gegeben worden, die den Wegfall aller Achselstücke und Treifen, sowie späterhin auch der Schulterklappen vorsehen. Dafür sind behelfsmäßige Abzeichen der Dienstgrade für Offiziere, Beamte und Unteroffiziere am linken Ärmel eingeführt, und zwar bestehen sie aus dunkelblauen Tuchstreifen, auf welchen Offiziere und Beamte die alten Nummern der Achselstücke tragen. Außer Dienst wird keine Waffe getragen, im Dienst, wie auf dem Wege zum Dienst ist die Seitenwaffe anzutragen.

Diese ist gleichmäßig für alle, das kurze Infanterieschwert gewehrt, übergeschultert am Koppel. Wer über 25 Jahre alt ist, dient hat, darf seine alte Waffe als Ehrenwaffe weitertragen, ebenso dürfen im und außer Dienst im Kriege erworbene Abzeichen und Orden, sowie Rettungsmedaillen und Dienstehrenzeichen getragen werden. Nach englischem Muster darf außer Dienst mit Zustimmung der Vorgesetzten bürgerliche Kleidung getragen werden. Alle Militärpersonen haben die Kolarbe in Landesfarben am Besatzstreifen der Mütze zu tragen. Es soll keinen einseitigen Grußzwang mehr geben; sondern die Pflicht für Untergebene und Vorgesetzte, sich gegenseitig zu grüßen wobei der Jüngere und im Dienstgrad Niedere dem Älteren zuvorzukommen muß. Im Reichsbild größerer Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten und innerhalb aller Menschenansammlungen soll die Grüßpflicht ruhen. Der Gruß wird nur noch durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung erwiesen.

Der Waffenstillstand.

Nachricht des Generals von Winterfeldt.

(b.) In der letzten Volkssitzung in Spa kündigte General v. Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktrete. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marschalls Foch, welche von General Rubant verlesen wurde. Foch erklärt darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg, der Abschnitt der neutralen Zone, der die zur Festung Straßburg gehörigen, auf badischen Gebiet liegenden östlichen Forts umfaßt, jedoch westlich der Bahnlinie Frankfurt-Basel, auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrags binnen sechs Tagen, vom 23. Januar, abends 6 Uhr an, besetzt werden wird. General v. Winterfeldt erklärte sofort:

Ich habe General Rubant bereits in einer Privatunterredung mitgeteilt, daß ich in der Befugnis dieses Bräutigams ein derartiges Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß ich an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben werden würde, um Ablösung von meinem Posten bitten würde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten.

General Rubant erwiderte:

Ich kenne nicht einen der Gründe, die den Marschall Foch zu seiner Maßnahme bestimmt haben, aber ich bin nahezu sicher, daß sich diese Maßnahme in keiner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet. Ohne den Schritt des Generals von Winterfeldt einem Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen — und zwar rein persönlich — daß ich eine solche Entscheidung bedauern würde. Es freut mich, die vollendete Form der Verhandlungen, die zwischen uns geherrscht haben, anerkennen zu können.

Staatssekretär Erzberger hat von Berlin aus ein Telegramm an den General Winterfeldt gerichtet, worin er ihn unter Zustimmung der Reichsregierung dringend bittet, sein schweres Amt weiterzuführen.

Am 29. Januar werden die Franzosen den Kehler, d. h. den der Festung Straßburg vorgelagerten Bräutigam besetzen. In die Befestigungslinie fallen die Stadt Kehl und eine Reihe anderer kleiner Ortschaften. Dagegen wird der badische Bahnhofsplatz Kypenweiler nicht mehr mit in den Besetzungsbereich fallen.

Die Rheingrenze.

Die amerikanischen Journalisten, wie die „Wall Street Journal“ in Erie empfangen hat, haben lebhaftes Interesse an den Erklärungen des obersten Kommandanten der vereinigten Armeen erhalten. Der Marschall hat als Soldat mit ihnen gesprochen; er hat daran erinnert, daß Deutschland in einigen Jahren vor neuem die Alliierten bedrohen könnte, wenn man nicht alle notwendigen Garantien hätte. Selbst wegen sie ganz für den Frieden einzurein, ist Frankreich, als Deutschlands nächster Nachbar, doch zuerst von feindlichen Angriffen bedroht. Seine strategische Grenze ist also in Wirklichkeit die strategische Grenze von England, Belgien, der Vereinigten Staaten und Italien. Da gibt es nur ein betriebsunüberwindliches Hindernis gegen eine Konzentration und ein plötzliches Einbrechen der deutschen Armeen in Frankreich: Das ist der Rhein. Der Rhein und das Rheintal müssen als eine Schutzzone für französisches Gebiet dienen. Dies ist der Grund, daß die militärische Lösung. Die Ausführung muß noch bestimmt werden. So der Marschall. Seine Erklärungen greifen nicht in das Gebiet der Diplomaten ein.

Der Grenzschutz.

Bei den Grenzschutztruppen herrscht nicht nur Mangel an Offizieren, sondern es mangelt es an Ausrüstung. Es ist dringend notwendig, daß sich nicht nur die, sondern auch Sanitätsoffiziere des Grenzschutzes zur Verfügung des Grenzschutzes stellen.

Die Regelung der Gebietsfragen.

(d.) Aus Paris wird berichtet: Wilson, sowie der Premierminister und die Minister des Auswärtigen von England, Frankreich und Italien und die Vertreter der japanischen Regierung hielten eine kurze Sitzung ab in der beschlossen wurde, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der gesagt wird:

Der Friedenskonferenz darf nicht durch Gewalttaten vorgegriffen werden.

Die Regierungen, die sich auf der Friedenskonferenz vereinigt haben, bedauern lebhaft, daß mehrmals Gewalt angewandt werden mußte, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, zu deren rechtmäßigen Anknüpfung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Sie erklären, daß jeder durch Gewalt erworbenen Besitzstand abzulehnen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird. Diejenigen, die Gewalt anwenden, erweisen den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit ihrer Ansprüche zweifeln und daß sie den Besitz an die Stelle des Rechtsbeweises setzen wollen. Das schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten. Wenn sie Gerechtigkeit wünscheten, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz übergeben.

Merke! Nachrichten.

Internationale Wasserwege?

(d.) Ueber die Verhandlung zwischen dem Vorkomitee der Schweizerrischen Republik und den Delegierten der Alliierten in Paris über die Internationalisierung der europäischen Wasserwege schreibt der Pariser Correspondent der „Daily News“: Dies ist für die Schweiz eine sehr wichtige Sache, da man möglichst weit durchgehende internationale Wasserwege von der Schweiz nach Rotterdam, Paris, London und Genoa einrichten wird. Die Schweiz hat den Vorschlag, die Deutschen während des Krieges auf dem Gebiet des Kanalbaues zu machen, und an den Fortschritten des französischen Kanalsystems zu interessieren. Sie wünschen, daß ihnen für die Verwaltung des Schiffsverkehrs in den Gewässern, die während des Krieges viel für Handel ausgegeben, das mittelasiatische Kanalsystem sehr verbessert und die Ausführung anderer Kanäle erleichtert. Die zukünftige internationale Benutzung solcher Kanäle oder Wasserwege ist für die Alliierten von großer Bedeutung. Die zukünftige Herstellung des internationalen Transitverkehrs zu Wasser ist eine Frage, die dem Völkerbund vorbehalten bleiben muß.

Gegen die U-Boote.

In Paris verlautet folgende Einzelheiten über die Frage wegen des Verbots der Verwendung von U-Booten, die am Samstag in der Vollversammlung der Alliierten. Die Amerikaner machen folgende Vorschläge:

1. Die Verwendung von U-Booten wird unbedingt verboten. 2. Alle bestehenden U-Boote werden vernichtet durch alle Staaten, die dem Völkerbund als Mitglieder beitreten. 3. Sie verpflichten sich, weitere neuen U-Boote zu bauen und alle Staaten auf diesem Gebiet zu unterlassen.

Wilson Person wird diese Vorschläge verteidigen. Zwar ist die amerikanische Abordnung einig darüber, aber es war bis jetzt keine Gelegenheit, den Plan im internationalen Kriegsrat zu behandeln. Wahrscheinlich wird England einverstanden sein.

Der Luftverkehr.

(d.) In der letzten Zeit sind in der Tagespresse Artikel über Ankündigungen über die Einrichtung bzw. Fortsetzung von Luftverkehrslinien erschienen, die in der Öffentlichkeit zu irrigen Auffassungen führen können. Es wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung vom 26. November 1918, Reichsgesetzblatt 165, Jahrgang 1918 die Zulassung zum Luftverkehr geregelt ist. Danach bedarf jedes Luftverkehrsunternehmen, jeder Flugplatz für seine Zulassung zum Luftverkehr die Genehmigung des Reichsluftamts, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74. Diese Genehmigung wird erst nach Prüfung der für die Sicherheit, Haftpflicht und Zuverlässigkeit der in Betracht kommenden Momente auf jederzeitigen Widerruf erteilt.

Eine große Balkanrepublik?

(d.) Nach Serbien brachten die aus der Schweiz zurückgekehrten Politiker den republikanischen Gedanken. Das Ziel ist die Abschaffung der Kleinstaaterei, Sturz der regierenden Dynastien und Vereinigung aller Balkanstaaten zu einer Föderativrepublik.

Kriegsgefangenen-Post.

(d.) Die Post an Kriegsgefangene Deutsche, die sich in belgischer Hand befinden, ist an die folgende Adresse zu leiten: Corps des prisonniers de guerre, Bulveringham, Flandre Occidentale, Belgien.

Petersburg vor der Vernichtung.

Die Petersburger Zeitung „Nachtlicht“ berichtet, daß sieberhafte Vorbereitungen für die Räumung Petersburgs getroffen würden. Alle bolschewistischen Einrichtungen würden nach Moskau oder Nowgorod übergeführt, alle Wertgegenstände und Banken abgehoben. Die anstehenden zum völligen Untergang verurteilte Stadt solle den lettischen Soldaten und freigelassenen Verbänden zur Plünderung preisgegeben werden.

Sibirien für Japan, was Mexiko für Amerika.

(d.) Die „Times“ meldet aus Tokio: Graf Rehid hat den Vertretern der einzelnen Parteien des Landtags ein Essen gegeben, wobei er eine Rede hielt, in der er u. a. sagte:

Die japanische Regierung hat noch keine Antwort auf Washington über die jüngst der amerikanischen Regierung vorgelegten japanischen Pläne bezüglich der sibirischen Eisenbahn erhalten, aber zwischen Japan und Amerika ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach Amerika gemäß dem Abkommen mit der Regierung Kerenskij die Aufsicht über die Linie ausüben soll. Rehid sagte weiter, daß Offizieren für Japan daselbst sei wie Mexiko für Amerika, und daß darum die Linie nicht unter der Aufsicht von Amerika allein gelassen werden könne.

kleine Meldungen.

Paris. Nach dem Wortlaut des Geschenktourts über das Frauenstimmrecht, das der Kammer vorgelegt werden soll, wird allen Frauen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, das Stimmrecht zuerkannt werden, unter dem Vorbehalt, daß sie verheiratet, verwitwet oder Familienoberhaupt sind.

London. Der „Londoner Morning Post“ Daily News“ stellt mit, daß die Reeder Hull großes Interesse dafür zeigen, um sich der Schiffahrt zu bemächtigen, die früher von deutschen Schiffen zwischen Hull und Antwerpen einerseits und Hull und Rotterdam andererseits unterhalten worden war.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend die Rückgabe von den in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Betriebsmitteln.

Bern. Der „Progres de Yvon“ glaubt melden zu können, daß der amerikanische Bericht über die Frage der Entlassung des Kaisers milder gehalten sei, als die Berichte der übrigen Mächte. Gewisse amerikanische Kreise seien der Ansicht, daß die Verbannung auch ohne Bestrafung hart genug wäre. Auch würde die Bestrafung des ehemaligen Kaisers an den Ursachen des Krieges nichts ändern.

Basel. Die „Times“ meldet aus Washington: Der Antrag auf Auslieferung des Kaisers umfaßt auch die Forderung nach Auslieferung von neun namentlich angeführten Mitschuldigen, darunter General Ludendorff, Admiral von Tirpitz, Staatssekretär von Jagow, den deutschen Kronprinzen und General von Falkenhahn.

Stockholm. Nach einer finnischen Meldung sind in Gefängnis vier Angehörige der deutschen Gesandtschaft aus unbekanntem Grund von finnischen Behörden verhaftet worden.

Haag. Reuter meldet aus London: Strand, welche Beschlüsse für das britische Flottenprogramm werden vor Ablauf der Friedenskonferenz nicht getroffen werden. Inzwischen wurde Befehl gegeben, den Bau von Torpedobooten und anderen Kriegsschiffen, darunter den leichten Kreuzern, einzustellen.

Lisbon. Es wird berichtet, daß der frühere König Manuel in Portugal eingetroffen ist.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 27. Jan. (Der Jugberlehr.) Nach Angabe der Eisenbahndirektion Mainz gilt die ange-

kündigte Beschränkung der Züge nur für das unbesetzte Deutschland; die linke Rheinseite bleibt zunächst unberührt; die linksrheinischen Schnellzüge bleiben bestehen.

Von der Mosel, 27. Jan. (Die Weinpreise.) Die Nachfrage nach Wein steigerte sich in der neuesten Zeit schnell, besonders von Seiten der Wirte, die regeren Absatz zu verzeichnen haben. Ebenso stiegen die Preise. Oft kommen Verkäufe nicht zustande, weil die Verkäufer zu den gebotenen Preisen nicht abgeben. An der unteren Mosel wurden für die kleineren Gewächse zuerst 1600 bis 1800 Mk., dann 2000—2200 Mk. gezahlt, während gegenwärtig unter 2500 Mk. nichts zu laufen ist. Die Rieslinggewächse der Berglagen kosteten 3000 Mk., und für noch bessere Sachen wurden Fortreibungen bis zu 4000 Mark das Fuder gestellt. In Rüden und Mosellern brachte das Fuder 1918er 3000—3200 Mk. (vorher 2400—2500 Mk.). In der Bernkasteler Gegend werden für kleinere Weine ähnliche Preise erzielt, während mit 1917er Wein kein Geschäft zu verzeichnen war. Auch dieser Jahrgang wird unter 6000 Mk. schwerlich zu haben sein. In Tusemond wurden die Bestände einiger kleinerer Keller an 1918er Braunerberger vor kurzem noch zu 3000 Mk. das Fuder abgesetzt; bald aber legte man 4000 Mk. an. Etwa 60 Fuder wurden zu 3000—4000 Mark verkauft, in einem Falle sogar 4500 Mk. geboten, ohne daß Zuschlag erteilt wurde. In Tilsen gingen 10 Fuder 1918er zu 2000—2800 Mk., in Reifen 30 Fuder zu 2200—2600 Mk., in Minheim 60 Fuder zu ähnlichen Preisen, in Mühlheim mehrere Bestände zu 3000 Mark das Fuder in Liefer 100 Fuder zu 2500—3500 Mark, in Seldenz das Fuder zu 2000—2500 Mk. ab. An der Saar stellte sich das Fuder 1918er im ganzen auf 3000 Mk., 1917er auf 8000 Mk., in Niederleuten 1918er auf 2400 Mk. durchschnittlich. An der Ruwer sind die Preise für 1918er ebenfalls schnell gestiegen; sie betragen schließlich 2500 Mk. für das Fuder und mehr. Für das Fuder 1917er wurden 5000—7000 Mk. abge-

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

Henning dachte nicht zu Ende, was er begonnen hatte. Er erschraf vor seinen eigenen Gedanken und drang sie gewaltsam in andere Bahnen. Es wurde ihm zur Gewißheit, daß es ein Unrecht an dem Bruder sein würde, wenn er noch weiter daran dachte, was ihn nicht loslassen wollte.

Und zum ersten Male stand etwas Fremdes, Unausgesprochenes zwischen ihm und Rainer. Es tat ihm weh, und doch konnte er es nicht beiseite schieben.

In der Nacht, die diesem Tage folgte, fand er erst lange keinen Schlaf. Er mußte wieder an allerlei denken, was er doch nicht denken wollte. Und plötzlich trieb ihn dann ein Gedanke empor. Es durchfuhr ihn wie ein elektrischer Schlag.

„Was würde Rainer wohl tun und sagen, wenn ich zu ihm käme und sagte: Es ist ein Unrecht, daß du Josta ohne Liebe zu deiner Frau machst willst. Sie ist noch jung und unerfahren und kennt die Liebe nicht. Sie weiß nicht, was sie tut, wenn sie sich dir ohne Liebe zu eigen gibt. Aber du kennst die Liebe, und es wäre deine Pflicht, sie vor solch einem Schritt zu bewahren. Wenn du Josta nicht liebst, so gib sie frei!“

Er starrte lange vor sich hin ins Dunkel der Nacht.

Bisher war er immer derjenige gewesen, der von Rainer geführt und geleitet wurde, und immer zu seinem Besten. Rainer würde sicher im umgekehrten Falle so zu ihm sprechen. Warum sollte nun nicht einmal der Jüngere den Älteren auf einen Fehler aufmerksam machen? Es geschah doch aus einem ehrlichen Herzen heraus und in fester Ueberzeugung.

Oder doch nicht? Schlummerte nicht im Hintergrund seiner Seele ein egoistischer Gedanke, der sich am Jostas Person drehte? Er warf sich aufatmend in seine Kissen zurück und dachte zerknirscht:

„Das Beste ist, ich beichte meinem Rainer alles, was mich nicht zur Ruhe kommen läßt. Dann wird sich alles klären.“

Und endlich schloß er ein. Rainer hatte ihm bisher in allen Rötten treulich geholfen, er würde es auch diesmal tun.

Aber als er am nächsten Morgen in Rainers Zimmer trat, da sah er, daß dieser einige seiner Photographien vor sich liegen hatte und sie aufmerksam betrachtete.

„Hilf mir einmal die beste aussuchen, Henning. Du hörtest ja gestern abend, Josta wünscht ein Bild von mir zu besitzen. Ich will es ihr mit den Rosen dort schicken,“ sagte er.

Da erst erblickte Henning einen Korb voll der herrlichsten dunkelroten Rosen. Sie standen auf dem Tische. Und da erinnerte sich Henning an eine kleine Szene.

Rainer war im vorigen Jahre in Berlin gewesen, um ihn zu besuchen. Und da hatte Henning, als er mit dem Bruder die Linden entlang ging, in einem der dort befindlichen Blumengeschäfte ein Arrangement für die Gattin eines Kameraden als Geburtstagspräsident gekauft. Gleichgültig hatte Henning das erste Beste gewählt, einen Korb mit roten Rosen. Rainer hatte jedoch die Hand auf seinen Arm gelegt und gesagt:

„Henning, rote Rosen schenkt man nur einer Frau, die man liebt.“

Da hatte Henning lachend etwas anderes gewählt. Daran mußte er jetzt denken.

„Rote Rosen schenkt man einer Frau, die man liebt.“

Und Rainer schenkte Josta rote Rosen — war das nicht ein Zeichen, daß er sie liebte? Henning stand, schenbar in dem Anblick der Bilder vertieft, und sann darüber nach. Zufällig blickte er vor sich hin in einen Spiegel. In diesem Spiegel sah er Rainer vor den roten Rosen stehen, sah, wie er zärtlich mit der Hand darüber strich und sie küßte.

Henning biß die Zähne zusammen. Wie ein Schleier legte es sich über seine Augen. Da mußte er es genau, daß Josta sich irrte, wenn sie glaubte, Rainer liebe sie nicht. Vielleicht hatte er ihr seine Liebe nicht gezeigt, weil er wußte, daß sie ihn nicht liebte.

Und es stieg in ihm auf, wie heißes Mittel — mit Rainer — und mit sich selbst. Er konnte und wollte sich über dies Gefühl keine Rechenschaft geben aber es war da und bedrückte ihn.

Um keinen Preis hätte er Rainer nun noch sein Gefühl und Gedanken beichten mögen, wie er es sich in dieser Nacht vorgenommen hatte. Jetzt war das alles anders geworden, jetzt durfte er Rainer nicht mehr von der eigenen Herzensunruhe sprechen.

Mit einem tiefen Atemzuge nahm er eine der Photographien auf, die ihm am treuesten Rainers Jüge wiederzugeben schien.

„Dies würde ich an deiner Stelle Josta schicken, Rainer. Sie wird sich darüber freuen,“ sagte er.

Und er dachte wieder daran, daß Josta von Rainer gesagt hatte: „Rein — ich liebe ihn nicht!“ Das durfte Rainer nun um keinen Preis wissen, daß Josta ihm das gesagt hatte.

Rainer nahm im lächelnd das Bild ab.

„Reinst du, daß sie sich freut?“

„Sicher. Wir sprachen gestern von dir, als ich mit ihr die Photographien betrachtete. Weißt du, wie sie dich nannte?“

Rainer sah ihn gespannt an.

„Nun?“

„Einen Menschen, den man verehren muß,“ antwortete Henning, in dem Bestreben, dem Bruder etwas Liebes zu sagen.

Rainer sah vor sich hin und dachte, daß ihm Liebe viel höher gelten würde als Verehrung. Aber er lächelte doch.

„So, das hat sie gesagt.“

„Ja, Rainer. Wir beide haben ein wenig von dir geschwärmt und waren uns einig, daß du ein herrlicher Mensch bist.“

Da sagte Rainer den Bruder in unterdrückter Erregung bei den Schultern:

(Fortsetzung folgt.)

en, jedoch dem Ausgange entgegen. In der internatio-
 nalen Mosel brachte das Jüder 1918er 1900 Stk., in
 Walsdorf wurden 2000-2200 Stk. gebildet.
 Düsseldorf, 27. Jan. (Hohe Kindersterb-
 lichkeit.) Die Bemühungen der Stadtverwaltung,
 die durch die Verkehrssperre eingetretene Mangel-
 an Kindern, sind bisher vergebens gewesen. Die Stadt-
 verwaltung veröffentlicht nunmehr die amtlichen Zah-
 len über die Kindersterblichkeit. Darnach war die
 Kindersterblichkeit im Monat Dezember
 um 50 Prozent höher als im Durchschnitt des Jahres
 1918 und um 70 Prozent höher als im Dezember 1917.
 Dabei muß mit einer wesentlichen Zunahme der Kinder-
 sterblichkeit noch gerechnet werden, denn es ist sicher, daß
 die Schäden der unzureichenden Milchwirtschaft im
 Dezember bei den Kindern noch nicht in vollem Umfange
 bemerkbar gemacht haben.

Kleine Chronik.

Die Gewerkschaft der Angestellten. Aus Essen
 Ruhr wird berichtet: Eine öffentliche Vereinbarung, wirt-
 schaftlichen Zehnerverband und den technischen Angestellten
 ist auch jetzt zwischen dem Zehnerverbande und dem Deut-
 schen Gruben- und Fabrikbeamten-Verband, dem Deut-
 schen Angestellten-Verband und dem Verband kaufmänni-
 scher Grubenbeamten abgeschlossen worden. Darnach er-
 kennt der Zehnerverband auch die gewerkschaftlichen Or-
 ganisationen der kaufmännischen Angestellten an, für die
 Mindestgehälter von 120-400 Mark festgesetzt werden,
 wozu eine Feuerungszulage von 70-80 Prozent tritt.
 Diese daraus sich ergebende Gehaltserhöhung werde vom
 1. Oktober 1918 an nachgezahlt. Auch alle kaufmänni-
 schen Angestellten erhalten eine angemessene Lebensver-
 sicherung, deren Prämien die Zehner die Hälfte tragen.
 Ein gemeinschaftlich aufgestellter Dienstvertrag wird ob-
 ligatorisch eingeführt werden. Die Frauenarbeit
 soll zunächst abgebaut werden und das Einstellen von
 Beurlaubten auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Berichtszeitung.

(§) Verspätete Mängelrüge beim Handelskauf.
 Beim Handelskauf (d. h. wenn der Kauf für beide Ver-
 tragsparteien ein Handelsgeschäft ist) muß der Käufer
 die gekaufte Ware unverzüglich nach der Ablieferung,
 soweit dies nach ordnungsmäßigem Geschäftsgan-
 ge tunlich ist, untersuchen und, wenn sich ein
 Mangel zeigt, dem Verkäufer unverzüglich hiervon An-
 zeige machen; andernfalls gilt die Ware als genehmigt.
 Es sei denn, daß es sich um einen vorweggenommenen
 Handel (§ 377 HGB.). Die Untersuchung der erhaltenen
 Ware muß aber sachgemäß und gründlich sein,
 nur oberflächliche Untersuchung, bei der ein vorhandener
 Mangel nicht entdeckt werden kann, genügt nicht, um die
 nach späterer Erkennung des Mangels erhobene Rüge als
 rechtzeitig geltend gemacht anzusehen. Dies hat das
 Reichsgericht am 17. Januar 1910 anerkannt.

Soziales.

Eine Feuerungszulage an Hinterbliebene.
 (*) Vor kurzem erhielten die Militärrentenempfän-
 ger eine einmalige Feuerungszulage.
 Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Mi-
 litärpersonen der Unterlassen eine solche Feuerungszu-
 lage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der
 ihnen für Februar zustehenden gesetzlichen Versorgungs-
 gebührende Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden
 Zulagen und laufenden Unterstützungen statt des
 einfachen Monatsbetrages der anderthalbfache Monatsbe-
 trag ausbezahlt wird. Zu den vorbezeichneten Hinter-
 bliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Mi-
 litärpersonen der Unterlassen Witwen, Waisen, Eltern,
 Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw., denen
 auf Grund des Militärversorgungsgesetzes oder beson-
 derer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus
 dem Militärfonds zusteht.

Rückkehr zur Vernunft.

Der politische Umsturz in Deutschland ist im Grunde
 zu einer Lohnfrage geworden. Durch diese wurde schon
 vor dem Kriege und wird ebenso noch heute das Volk
 in feindliche Interessen gespalten. Kampf dem Arbeit-
 geber, Kampf der Lohnarbeit, Befreiung von der Kal-
 brisfronde — das war und ist die Lösung. Das Ziel der
 inneren und äußeren Befreiung des Arbeiters wird
 aber nicht erreicht, wenn der Geist der Arbeit selbst nicht
 befreit und gereinigt wird. Der Gedanke, Werte zu
 schaffen, muß bei dem einsichtigen Arbeiter wieder zur
 Geltung kommen, er muß sich bewußt werden, daß auch
 er an seinem Teil mit berufen ist — mag er hinter
 dem Schraubstock, an der Maschine, an der Flugbahn
 stehen oder Kassen tragen — zur Erhöhung menschlicher
 Kultur und Befähigung beizutragen.
 Von der Durchführung dieser Forderung steht im
 fere heutige. Jede Zeit ferner denn je zu sein. Was
 wir in diesen Wochen erleben, hätte man noch vor kur-
 zem vielleicht nirgends in der Welt, aber nie und nim-
 mer in dem granitartig festgefühten Deutschen Reich er-
 wartet. Erleben muß wieder ein Geist der Einheitslich-
 keit, des Verbündetseins, miteinander, der Wille, zu-
 sammenzustehen zu menschenfördernder Arbeit. Die In-
 dustrie und jegliche Arbeit des Geistes und der Hand
 bringt Werte hervor, erzeugt Wohlstand, Kultur und Ge-
 fähigung. Sie ermöglicht es der Gesamtheit, Wohlfahrt auch
 den Hinterbliebenen zu schaffen. Eine Brücke ist zu
 schlagen zwischen dem, was war und sein wird, eine
 Vermittlung anzustreben zwischen der privatwirtschaftli-
 chen und der sozialistischen Ordnung, die in erster Linie
 eine Wirtschaftsreform erfordert wird. Es kommt nicht
 darauf an, wie stark der Trost der sozialistischen Welt
 sein wird, den man in den Vermut unserer künftigen
 Wirtschaftstrübsal wird, sondern es gilt, daß in
 Versöhnlichkeit und ineinander Verstehenwollen die ge-
 samte Arbeiterschaft entgegenkommt, würdig
 und ihrerseits nicht aus Prinzipienreiterei auf die
 Durchführung sozialistischer Dogmen versteht, die im
 Augenblick der Bereinigung ohne schwersten Schaden für
 die gesamte Gemeinschaft nicht durchzuführen sind, sondern
 in Klarheit der Ziele zu erstreben in jeder Form, damit
 wird der deutsche Zukunftsstaat in organischer, lebendiger
 Fortentwicklung des bisherigen Reiches der Gesamt-
 heit Frieden und Wohlfahrt schaffen.
 Lohne, der künftigen Stimmten, schreibt in seines

„Entwertung des modernen Vortreffens“, eine gezeig-
 te Hochschätzung, vornehmlich eine konstatierende Ver-
 schmäkung, haberte nach außen der Sicherheit und Un-
 abhängigkeit, nach innen der Ruhe und Ordnung; sie
 bedürfte ferner kompetenter, anerkannter Führer, die
 höchstmögliche Maßes von Selbstlosigkeit, gesunden Ein-
 flusses, des praktischen Verstandes und der Disziplin. —
 Alle diese Dinge fehlen im Augendick bei uns leider
 bössa, und niemand kann sagen, wohin die Verhältnisse
 ans noch treiben werden. Es gilt also, wenn wir nicht
 alle miteinander unkommen sollen, tatsächlich Ruhe, Dis-
 ziplin, kaltes Blut und gesunden Sinn zu bewahren,
 um die Möglichkeit einer feste deutsche Staatsform wie-
 der zu schaffen, nicht völlig zu untergraben. Die Ar-
 beiterchaft hat das Heft in der Hand, bei ihr steht es
 ganz allein, die neue Regierung, die uns die National-
 versammlung bringen wird, zu wählen und die Einfüh-
 rung gesetzmäßiger Zustände herbeizuführen, oder aber
 anstehenden Demagogen zu folgen und damit uns alle
 in Hunger, Not und Elend zu stürzen.

Bermischtes.

Totentanz. Eine Gewissensschärfung für die Ber-
 liner sieht man seit einigen Tagen an den Anschlagfä-
 len. Ein Vaterlandsfreund hat, angewidert von der
 Vergnügungssucht weiter Berliner Kreise, ein großes
 Plakat herzustellen lassen, das Verolina im Tanz mit dem
 Tod darstellt und die Aufschrift trägt: „Berlin halt ein!
 Besinne dich. Dein Tänzer ist der Tod.“ —
 Ob die ernste Mahnung aber wirken wird? Hat doch
 selbst Maschinengewehrfire während der Birren in Ber-
 lin die Leute nicht davon abgehalten, den leichtsinnig-
 sten Vergnügungen nachzugehen.

lokales und Allgemeines.

— Edel sei der Mensch. Der Kölner Oberbürger-
 meister erläßt eine Bekanntmachung, worin es heißt:
 Die Befegung der Rheinprovinz bringt für die Bürger-
 schaft große Beschwerden und Unannehmlichkeiten mit
 sich. Der Bürgerschaft mit Rat und Tat beizustehen,
 um ihr die auf ihr ruhenden Lasten möglichst zu erleich-
 tern, ist eine der vornehmsten Pflichten der Beamten, Ange-
 stellten und im städtischen Dienste stehenden Hilfskräfte.
 Von allen Beteiligten erwarte ich, daß sie, eingebend
 dieser Pflicht, durch bereitwilliges Eingehen auf alle
 irgendwie berechtigten Wünsche des Publikums, durch
 sachgemäße Bekehrung, mögliche Beschleunigung der
 der Abfertigung, sowie jederzeitiges tatkraftvolles Verbal-
 ten im Verkehr mit demselben dazu beitragen werden,
 daß Klagen nicht mehr vorkommen.
 — Rechtliche Stellung der Offiziere und Be-
 amten gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten. Un-
 ter Zustimmung der Reichsregierung macht das Kriegs-
 ministerium unter dem 14. Januar folgenden bekannt:
 Jeder aktive Offizier, Sanitäts-, Veterinär- und Offiziers-
 Beamte der Armee, der unter der bestehenden Regierung
 entsprechend dem vom Kriegsministerium eingenommenen
 Standpunkt seinen Dienst nach besten Kräften ver-
 steht, bleibt in dem Genuß der ständigen Gehühnisse.
 Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nicht befugt, die
 Auszahlung dieser Gehühnisse zu verhindern. Die Arbeit-
 ter- und Soldatenräte haben nicht das Recht, Offiziere
 und Beamte zu verabschieden, da hierfür nur der Kriegs-
 minister zuständig ist. Es bleibt ihnen jedoch unbenom-
 men, eine Änderung der Stellenbesetzung der Offiziere
 unter eingehender Begründung auf dem vorgeschriebenen
 Wege zu beantragen.

Beendeter Streik. Nach dreitägiger Dauer erreichte
 der in der Stadt Braunschweig zum Protest gegen die
 blutigen Ereignisse in Berlin von den Unabhängigen
 und Sozialisten in Szene gesetzten Generalkstreik sein
 Ende.

Lebensmittel für Polen. Die alliierte Lebensmit-
 telkommission hat der polnischen Regierung mitgeteilt,
 daß ein Schiff mit Lebensmitteln zur Versorgung Po-
 lens nach Danzig unterwegs sei. Zwei in Rotterdam
 liegende Schiffe mit Lebensmitteln sind ebenfalls für
 Polen bestimmt worden.

Munitions-Explosion. In der Nähe von Gent
 ist ein deutsches Munitionsdepot in die Luft geflogen.
 Der Eisenbahnverkehr zwischen Brüssel und Gent ist
 unterbrochen. Einige Personen sollen ums Leben gekom-
 men sein.

Luftschiffe zu Handelszwecken. Reuter berichtet
 Einzelheiten über die Indienststellung von Luftschiffen
 zu Handelszwecken. Die Geschwindigkeit wird schät-
 ungsweise für kleinere Luftschiffe 74, für größere 76 Me-
 len in der Stunde betragen. Ein kontinentaler Luft-
 dienst wird zwischen Lissabon und New-York verkehren.

Schleifung der Pariser Festungswerke. Wie der
 Pariser „Excelsior“ meldet, wird die Niederlegung der
 Pariser Festungswerke den Gegenstand des nächsten Ge-
 setzentwurfes der französischen Regierung bilden. Der
 Plan entspricht sozialpolitischen und hygienischen Er-
 wägungen: Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten, An-
 legung von Spiel- und Sportplätzen („Lungen für Pa-
 ris“) und Schaffung von Arbeiterwohnungen mit Stadt-
 gärten. Die Stadt Paris wird für den Erwerb dieses
 Geländes 100 Millionen Franken an den Staat zahlen.

Kohlenmangel.

Die Streiks in den Kohlenbezirken machen sich
 jetzt in den Großstädten geltend, nachdem die Koh-
 lenvorräte aufgebraucht sind.
 Bosen. Wegen Kohlenmangels mußte der ge-
 samte Betrieb der Gasanstalten eingestellt werden.
 Dessau. Die Gasanstalt mußte wegen Kohlen-
 mangels die Gaslieferung einstellen.
 Gotha. Die hiesige Gasanstalt hat infolge Koh-
 lenmangels den Betrieb vorläufig vollständig ein-
 gestellt. Das Elektrizitätswerk gibt nur beschränkt den
 Strom ab.
 Dresden. Zahlreiche hiesige Industriewerke
 mußten stillgelegt werden, da die Kohlenvorräte er-
 schöpft sind.

* Die preussischen Nationalwahlen in vier Stadt-
 haben folgendes Ergebnis:

	Bez. I	II	Zusammen
Deutsche Volkspartei	21	88	109
Sozialdemokraten	457	452	909
Demokratische Partei	373	472	845
Deutsch-Nationale	3	11	14
Zentrum	41	88	129
Unabhängige	2	—	2
Zusammen	897	1111	2008

Von 2464 wahlberechtigten Stimmten sind 2009 Stimmten
 abgegeben. Die Beteiligung ist darnach geringer als vor
 8 Tagen. In Wiesbaden wurden an Stimmten abgegeben:

Deutsch-Nationale Partei	874
Deutsche Volkspartei	8153
Zentrum	6713
Demokratische Partei	15596
Sozialdemokratische Partei	13495
Unabhängige Sozialdemokraten	1019

In Frankfurt sind nach vorläufigen Feststellungen aus 150
 Wahlbezirken von 172 bisher abgegebenen Stimmten ge-
 zählt: Deutschliberale 15 664, Deutsch-Nationale 8449, Zen-
 trum 24 141, Demokraten 47 298, Sozialdemokraten 89581
 Unabhängige 8158.

* Der Höchstkommandierende der X Armee Gene-
 ral Mangin hat eine Reise durch das Saargebiet unter-
 nommen. Die Haltung der Bevölkerung sowie die geleistete
 Arbeit der Arbeiterchaft hat ihn befriedigt und er macht

dieserhalb bekannt, die Nahrung der Arbeiterkass zu bessern. Schwer- und Schwerstarbeiter sollen die Woche pro Kopf 125 Gramm Reis erhalten als Zulage zur allgemeinen Ration. Ferner für die Schwerarbeiter 400 Gramm und für die Schwerstarbeiter 600 Gramm Speck den Monat wofür der Preis zu zahlen ist, den der französische Soldat zahlt. Sobald Transportmöglichkeiten vorhanden, was in einigen Tagen der Fall sein wird, soll die Verteilung beginnen.

Militärrenten! Die nächste Zahlung der Militärrenten findet am 29. Januar beim Postamt hier statt. Den Beziehern von Mannschafts-Renten (M) wird bei dieser Gelegenheit der für Januar bezogene Betrag nochmals als einmalige Teuerungszulage gezahlt. Ebenso erhalten alle Empfänger von laufenden Hinterbliebenen-Bezüge (H) der Unterklassen bis Feldwebel einschließlich für Februar 50 pr. ihrer Rente einschließlich Rentenzuschlag als einmalige Teuerungszulage. Mitteilung über die Teuerungszulage ist bei der Zahlung am Schalter zu erteilen. Die Bezahler werden gebeten etwas Kleingeld mitzubringen.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung

a) Verteilungsware:
 50 Gramm Margarine auf Folie 19 der Fettarten zum Preise von 25 Pfg. p. Karte.
 175 Gramm Graupen zum Preise von —,44 pro Pfund
 125 Gramm braune Suppen " " 1.08 " "
 auf Folie 6 der Lebensmittelkarte in allen 20 Kundengeschäften.

Kaffeeersatzmittel in allen Geschäften mit Ausnahme von Geschäften Nr. 5 u. 7.

Konserven und zwar
 a. Erbsen und Karotten à 5 Pfd. Glas 6 Mt. ohne Glas.

Die Reggläser werden mit 2.30 pro Stück in Rechnung gestellt und müssen gegen diesen Betrag zurückgegeben werden.

b. Erbsen extrafein 1 Pfd. Dosen à 2.— Mt.
 c. Kohlrabi à 2 Kg. Büchsen 4.— "
 d. Apfelsin à 2 " 4.— "
 e. Spinat 1 Pfd. Dosen à 1.20 "
 f. grüne Suppen in Flaschen à 1.— "

Es wird bemerkt, daß die Konserven nicht für die Gesamtverteilung an alle Einwohner ausreichend, daher frei abgegeben werden können, soweit der Vorrat reicht.

Konserven haben die Geschäfte 5, 8, 10, 11, 15 und 17. Fleisch und Wurst nach besonderer Bekanntmachung.

b) Verteilungszeit:
 für Kaffeeersatz und Konserven ausdrücklich von Donnerstags vormittag an, für alle Waren in den Kundengeschäften

G bis M am Donnerstag d. Woche
 N bis P am Freitag " "
 R bis S am Samstag " "

Für Fleisch und Wurst an die Hausaltungen mit den Brotkarten Nr.

801—1200	8—9 Uhr
1201—1500	9—10 "
1501—aus	10—11 "
1—400	11—12 "
401—800	12—1 "

d) Mitteilungen:

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 12 (Aug. Reisenberger Ww.) jedoch nur für solche Kartensolgen der Lebensmittelkarten zu denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Fettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften dieser Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt. Die besondere Zuteilung der Krankenlebensmittel erfolgt nur in der Verteilungsstelle Lehmann, Wiesbadenerstraße 4. Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufer, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Tüten, Einwickelpapier oder Zeller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischereien sind alle Brotarten vorzulegen. — Selbstversorger von Fleisch (Hauschlachtungen), Geflügel (Wahlkartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmittel und Fett ausgeschlossen und haben soweit dies nicht geschieht ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Bierstadt, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auf Folie 7 gibts 1 Zentner Kohlen oder Briketts an alle Nr. bei den Händlern Stern, Konsum-Verein und Ermeyer.

Gewerbetreibende erhalten bei Ermeyer die Hälfte ihres Quantums in Kohlen und die andere Hälfte in Briketts auf Folie 4.

Bierstadt, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Nach einer Verfügung des Administrateurs mitzuteilen du cerele de Wiesbaden camp müssen bis spätestens zum 1. Februar d. J. sämtliche Bücher, Broschüren und andere Druckfachen die sich sowohl bei Privatpersonen als auch in Geschäften befinden und in denen ein Abzug, sei er noch so kurz, enthalten ist, der von den Alliierten als feindlich betrachtet werden kann, auf dem Bürgermeisteramt abgeliefert werden. Alsdann erfolgt die Beschlagnahme durch die Befugten.

Die Ablieferung erfolgt auf Zimmer 7 des Bürgermeisteramts.

Nichtablieferung hat die strengsten Maßnahmen zur Folge.

Bierstadt, den 28. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Demokratischer Bürgerverein.

Die Arbeit, die bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung geleistet werden mußte, war bei der schon wieder eingetretenen Laune des Bürgerturns besonders groß. Um so herzlicher

danke

der Vorstand deshalb denen, die all ihre Kraft dafür einsetzten, daß wieder eine bedeutende Stimmenzahl aufgebracht wurde. Nur dadurch gelang es den Bürgerlichen der Sozialdemokratie gegenüber einen Vorsprung von ungefähr 200 Stimmen zu erreichen.

Vogel.

Zahn-Arzt Johannes Groth

vormals Professor der Zahnheilkunde in Brüssel

Wiesbaden, Grosse Burgstrasse 14, 1. Telephone 6562

Tanz - Institut Bierstadt „Zur Rose“

Gegründet 1898.

Am Samstag, den 25. Januar, abends 7 Uhr beginnt im Saale zur Rose ein Tanz-Kursus, wozu ich freundlich einlade. Honorar mässig, gute Ausbildung zugesichert. Unterrichtsstunden Mittwoch und Samstag.

Wilhelm Wetzel
 Lehrer der mod. Tanzkunst.

N. B. Anmeldungen werden in der „Rose“ jederzeit entgegengenommen.

acht chinesischen Tee

Paket 1.40 Mt.

Drogerie Arthur Lehmann

Wiesbadenerstraße 4 Bierstadt Ecke Adlerstraße. Fernsprecher 3267.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise offeriert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10 Reparaturen

Haus- und Grundbesitzerverein

Bierstadt.

Tel. 6016 Geschäftsstelle Blumenstraße 2a. Tel. 6016

Zu vermieten sind Wohnungen von 1—5 Zimmer z. Preise von 100—850 Mark. Zu verkaufen sind verschiedene Villen, Geschäfts- und Wohnhäuser, Bauplätze und Grundstücke in allen Preislagen.

Wiesbaden, Marktstraße 25

Schuhbefohlung mit Ia Leder

Sämtliche Reparaturen werden in 1 bis 2 Tagen sauber und billigt ausgeführt.

Schuhsohlerei 25 Marktstraße 25

Schnellsohlerei

Wiesbad., Schwalbacher Str. 23

Reparaturen sofort und billig. — In Kernleder.

Empfehle mich

in Neuankertigung, sowie Umändern.

Louis Schlüter, Herrensneider

Wiesbaden Gleichstraße 24 1. r.

Korsetts nach Maß

aus beigegebenen alten und neuen Stoffen werden gut u. dauerhaft angefertigt, sowie zum Waschen u. reparieren angenommen.

Korsetthaus Imperial Wiesbaden, J. Fritsche :: Nur Langgasse 10.

Elegant sitzendes Korset

aus ihrem Stoff

3 Handtücher

oder 3 Servietten

oder 1 grosse Schürze

oder 1 kleines Rolleaux

fertigen wir Ihnen auf Wunsch innerhalb 8 Tagen an.

Korsethaus „Robita“ nur Langgasse 25 Wiesbaden.

Kleider und Schuhe

auch reparaturbedürft. kauft höchstzahl. Ludwig, Wiesbaden, Mauritiusstr. 6.

Joh. Georg Wollath Nachf.

Wiesbaden Marktstr 32 Telephone 3751

Samenhandlung

eigene große Samenkulturen

Preisliste über Gemüsesamen steht frei zu Diensten.

Fachmännische Auskunft über Gemüsebau bereitwilligst

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21 Telefon 2972.

Photohaus G. m. b. H.

Spezialhaus für Amateure,

Wiesbaden, Kirchgasse 29, Ecke Friedrichstrasse.

Man beachte Firma und Hausnummer.

Empfehle

Photograph. Apparate und alle einschlagenden Bedarfsartikel.

Vergrosserungen jeder Art liefert in 3 Tagen.

Kuhl's Zahn-Atelier

Wiesbaden

Schwalbacher Str. 52, Ecke Wellritzstr.

Sprechstunden:

Von 9—6 Uhr, Sonntags von 9—1 Uhr.

Auf vorherige Anmeldung werden Patienten auch ausser der Sprechstunde behandelt.

Wochentags von 9—10 Uhr:

Freie Sprechstunde für Unbemittelte.

Spezialität: Gänzlich schmerzloses Zahnziehen.

Gaumenloser, naturgetreuer Zahnersatz

und kaum unterscheidende Plomben.

Schonendste Behandlung wird zugesichert.

Mässige Preise.

Schöne helle Werkstatt

oder Raum zum Anstellen

len sofort zu vermieten.

Nah Privatstraße 6, 1. St.

Zänse nebst Brat

5 feigt sofort

Sentawasser

M. 1 und 1.85

Drogerie

Arthur Lehmann,

Bierstadt,

Wiesbadenerstraße 4, Ecke

Jun. juvel. Mädchen

aus gut. Familie gesucht z.

Spazierengehen m. 2 st.

Kind. v. 9—13 u 3—4 Uhr.

Bierstadt, Wilhelmstr. 29.

6000 Mark

sofort oder später auf 1.

Hypothek auszuliefern. An-

fragen sind unter M. an

die Geschäftsstelle dieses

Blattes zu richten.

Just neue

Sprungrahme

zu verkaufen. Wü st,

Tapezierer, Honiggasse 17,

Tanzschule

W. Klapper u. Frau

Wiesbaden, Dehmees

Strasse 20. Vor während

un'ericht in Tänz

all. modern.

Privat- u. Einzelunterricht

zu jeder Zeit, auch Sonnt.

Auch f. alt D. u. D. Gesl.

Anmeld. noch erw., a. v.

solch die schon etwas tanzen

f. z. Weiterausbild. u. Ver-

vollständ. un. Kurse gegen

ermäß. Hon. Abendkurse

ab 7 Uhr, Sonntagnachm.

ab 3 Uhr. Komme auf

Wunsch auch ins Haus.